19. II. 1919

27

Das Ende der österreich-ungarischen Währungsgemeinschaft.

Von unserem ständigen Mitarbeiter,

Wien, 18. Februar.

Die finanzielle Liquidation der früheren Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie ist in ein kritisches Stadium getreten. Nachdem im Monat Januar Jugoslawien eine Abstempelung der dort im Umlauf befindlichen Kronennoten vorgenommen hat, wird die gleiche Maßnahme demnächst in der Tschecho-Slowakei durchgeführt werden. Vorangegangen ist diesem Schritt eine Reihe von Maßnahmen, die den freien Geldverkehr zwischen Deutsch-Oesterreich und dem tschecho-slowakischen Staate bereits wirksam unterbunden haben. So hat der tschechische Finanzminister vor etwa drei Wochen der Oesterreichisch-Ungarischen Bank die weitere Beleihung von Krieganleihen untersagt, hat dieses Verbot natürlich nur für die Prager Hauptanstalt und die in dem tschechischen Herrschaftsbereich liegenden Filialen durchgesetzt. Vor wenigen Tagen hat Finanzminister Dr. Raschin das einschneidendere Verbot einer Uebertragung von Guthaben aus dem Auslande ausgesprochen. Deutsch-Oesterreich und Ungarn können dem tschechischen Vorgehen nicht untätig zusehen. Denn wenn auch die Gefahr gering ist, daß große Beträge ungestempelter Noten aus dem tschechischen Gebiete nach Deutsch-Oesterreich einströmen, da die dortigen Besitzer von Kronennoten den Uebergang zur tschecho-slowakischen Währung gern mitmachen werden, so würde damit doch Deutsch-Oesterreich (und das unbesetzte Gebiet von Ungarn) für die vielen hundert Millionen ungestempelter Noten aufkommen müssen, die heute noch im vormaligen Okkupationsgebiete der Mittelmächte (Polen, Ukraine) sowie im neutralen Ausland und schließlich in denjenigen Nationalstaaten, in denen noch völlig unregelte Währungsverhältnisse herrschen (vor allem Galizien) im Umlauf sind. Das wäre natürlich für Deutsch-Oesterreich, das heute ein Land von 6 Millionen Einwohnern ist und dessen Wirtschaft mit immer höheren Beträgen passiv wird, weil es in seiner Lebensmittel- und Kohlenversorgung ganz vom Auslande abhängt, eine unmögliche Zumutung. Die deutsch-österreichische Regierung wird daher, wie gemeldet, gleichfalls eine Abstempelung ihrer Kronennoten durchführen, und hat damit bereits begonnen.

Daraus ergibt sich aber eine Fülle von ungeheuer schwierigen Problemen, die sich im einzelnen noch gar nicht übersehen lassen. Vor allem fehlt es hier an technischer Vorbereitung, die in Prag schon längst getroffen ist, so daß hier jedenfalls die Abstempelung längere Zeit erfordern wird als im tschechischen Staate. Fürs zweite läßt sich noch nicht erkennen, wie die Zerreißen des früheren einheitlichen Währungsgebietes in sechs verschiedene Währungsgebiete auf die ganzen zwischenstaatlichen Kreditbeziehungen zurückwirken wird. Vor allem aber lastet auf dem deutsch-österreichischen Staate die Sorge um die weitere Einlösung der Anleihekupons und die Finanzierung der Lebensmittelbedürfnisse aus dem feindlichen Auslande. Der deutsch-österreichische Staat, der bisher als Treuhänder die hochpassive Erbschaft des österreichischen Staates verwaltet, arbeitet mit einem riesigen Defizit, zu dessen Deckung er auf die Dauer die Hilfe der Notenbank nicht entbehren kann. Und was die Bezahlung der von der Entente zu liefernden Lebensmittel betrifft, so hat man bisher die Zahlung durch Erlag von Kronendepots gestundet erhalten. Abschließende Finanzverhandlungen werden gegenwärtig in Bern und Paris geführt. Ob die Entente deutsch-österreichische Kronen nehmen wird, also die Währung eines passiven Gebietes von 6 Millionen Einwohnern, ist zweifelhaft, zumal man noch nicht weiß, wie die völlige Preisgabe der im neutralen Ausland befindlichen Noten die Kreditbeziehungen zu Deutsch-Oesterreich überhaupt beeinflussen mag. Aber auch gegenüber dem tschecho-slowakischen Staate, von dem Deutsch-Oesterreich Zucker und Kohle braucht, ist die Art der Bezahlung problematisch geworden. Die Tschechen verlangen bereits seit einiger Zeit Zahlung in Franken, über die Deutsch-Oesterreich natürlich nicht verfügt.

Ob die Tschechen sich selbst durch ihr brutales Vorgehen nützen, ist überaus fraglich. Vor allem wird die Abstempelung ergeben, daß im tschecho-slowakischen Staate der relativ größte Notenbesitz vorhanden ist. Man schätzt ihn auf 10 bis 15 Milliarden. Die Abstempelung im südslawischen Staate soll fünf bis sechs Milliarden ergeben haben. Rechnet man dazu noch Ungarn und Galizien, so dürfte Deutsch-Oesterreich kaum viel mehr als drei bis fünf Milliarden im Umlauf haben, da hier die Zahlungssitten am modernsten und die Beteiligung an der Krieganleihe am stärksten ist. Trotzdem steht es fest, daß an die Begründung einer eigenen deutsch-österreichischen Währung kaum zu denken ist. Mit der Sprengung der Währungseinheit durch den tschechischen Staat ist der Uebergang Deutsch-Oesterreichs zur Markwährung aktuell geworden. Der tschechische Finanzminister Dr. Raschin hat sich zum erfolgreichsten Vorkämpfer der großdeutschen Sache gemacht. Die Rückständigkeit der tschechischen Währungspolitik hat den letzten Zweifler in das großdeutsche Lager getrieben.